

Offener Brief an die Delegierten des Landesparteitages der SPD Mecklenburg-Vorpommern vom 14.-15.04.2007 in Salem

Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin!

Schwerin, den 13.04.2007

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Delegierte,

Sie haben es als Vertreterinnen und Vertreter einer Regierungspartei in der Hand, für unser Land und in Solidarität mit anderen Völkern eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Mit einem Steinkohlekraftwerk Lubmin wird eine Energiewende verhindert, wird der Klimawandel überdurchschnittlich forciert, werden intelligente Lösungen zur Stärkung des Arbeitsmarktes unmöglich. Lehnen Sie die Pläne für das Steinkohlekraftwerk ab und helfen Sie unserem Land, seine Stellung als Gesundheitsland, als Land der regenerativen Energien, als Land der ökologischen Landwirtschaft und des nachhaltigen Tourismus zu stärken!

Die zunehmende Verfeuerung von fossilen Energieträgern, wie die der Steinkohle, hat sich, das wissen Sie, besonders in den letzten 30 Jahren als Irrweg erwiesen. Das Weltklima verändert sich dramatisch und die Ursachen sind überwiegend von uns Menschen gemacht. Die Folgen sind schon jetzt mit katastrophalen Ereignissen, die vielen Menschen Tod und Elend bringen, weltweit sichtbar. Was sie für unser Bundesland bedeuten, ist zu einem großen Teil noch nicht bekannt. Von rapiden Veränderungen an unseren Küsten, von extremen Wetterlagen und von einem veränderten Landschaftswasserhaushalt können und müssen wir ausgehen. Die Schäden sind nur zu erahnen und müssen endlich mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungen kalkuliert und benannt werden. Ein Steinkohlekraftwerk stellt dahingehend einen erheblichen Risikofaktor dar.

Deutschland befindet sich mitten in der Energiewende. Es ist richtig, dass der größte Teil der Kohlekraftwerke, die immer noch die Grundlast des Stroms im Land erzeugen, veraltet ist und es ist auch richtig, dass neue Kraftwerke einen höheren Wirkungsgrad besitzen. Doch verglichen mit einem Wirkungsgrad von 58 Prozent bei Gas- und Dampfkraftwerken sind neue Steinkohlekraftwerke mit nur 45 Prozent Wirkungsgrad wahre Energiedinosaurier. Im Vergleich mit der Kohle sprechen weitere Argumente eindeutig für Gaskraftwerke: ein mehr als die Hälfte geringerer CO₂-Ausstoß, bessere Steuerbarkeit bei Energieschwankungen, geringer dimensionierte Anlagen und insgesamt weniger Immissionen. Dass es generell auch anders geht, zeigt eine aktuelle Studie von Greenpeace: als Alternative zu einem neuen 2000 Megawatt Kohlekraftwerk ist ein dezentraler aus kleineren Einheiten bestehender Kraftwerkspark unter hohem Anteil regenerativer Energiequellen realisierbar. Dieser hätte im Idealfall eine großartige CO₂-Minderung von 93 Prozent gegenüber einem Kohlekraftwerk zur Folge und zudem mit 2000 Mitarbeitern deutlich bessere Effekte für den Arbeitsmarkt als ein Kohlekraftwerk mit nur 200 Mitarbeitern.

Die Region Ostvorpommern-Usedom sieht ihre Zukunftspläne in Gefahr. Das Amt Usedom Nord mit seinen knapp 9000 Einwohnern verzeichnete 2006 sage und schreibe 1,4 Millionen Übernachtungen. Wegen der Bedeutung des Tourismus entstanden in den letzten Jahren in den Gemeinden 5 Eigenbetriebe, die 2007 ein Gesamthaushaltsvolumen von über 10 Millionen Euro aufweisen. In der Beliebtheitsskala der touristischen Zielgebiete nimmt die zweitgrößte und sonnenreichste Insel Usedom einen Spitzenplatz ein: 40 km durchgehender Sandstrand, Bäderarchitektur und ein abwechslungsreiches Hinterland. Nirgendwo sonst an der deutschen Küste findet es beispielsweise Altbundespräsident Richard von Weizsäcker „schöner als hier“. Wer von Ihnen, sehr geehrte Delegierte, könnte sich ein Steinkohlekraftwerk auf Sylt oder am Starnberger See vorstellen? Die Wertschöpfung des Tourismusgewerbes gilt es gegen ein Steinkohlekraftwerk zu verteidigen. Der Trend zum Urlaub im

eigenen Land hält bei den Deutschen ungebrochen an. Die Entwicklung des Naturparks Stettiner Haff wird diesen Trend noch verstärken. Es ist doch so klar wie die Sonne, die zum großen Teil des Jahres über Ostvorpommern scheint: Rauchschwaden am Horizont werden den Ruf der Region als Urlaubsgebiet auf lange Zeit ruinieren!

Warum kommt überhaupt das dänische Staatsunternehmen „DONG Energy“, einer der größten Energieversorger Nordeuropas auf den Gedanken, in Lubmin ein Kraftwerk zu errichten? Die Ursache sind in erster Linie großzügige Geschenke der Bundesregierung in Form von vielen kostenlosen Emissionsrechten, die an die Industrie insbesondere an die Stromerzeuger verteilt werden. Mit der Einführung der Emissionsrechte und des Emissionshandels 2003 sollten die Unternehmen zu einer mittelfristigen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes angeregt werden. Jede Tonne CO₂, für die ein Unternehmen keine Rechte besitzt, sollte es durch Hinzukauf von Emissionsrechten teuer bezahlen. Die Vermeidung einer übermäßig hohen Emission von Kohlendioxid ist somit für ein Unternehmen betriebswirtschaftlich sinnvoll. Es muss weniger Geld für teure Emissionsrechte ausgeben. Dieser Mechanismus wird jedoch durch die Bundesregierung selbst ausgehebelt. Indem sie an die besonders CO₂ intensiven Stromerzeuger großzügig Emissionsrechte kostenlos verteilt, schafft sie erst den Anreiz, in klimaschädliche Energieerzeugung zu investieren. Die Stromerzeuger erhalten derart viele kostenfreie Emissionsrechte, dass sie diese sogar noch an andere Unternehmen verkaufen können und neben ihrer hohen CO₂ Produktion weiteren ökonomischen Gewinn mit einem Instrument machen, das eigentlich zur CO₂ Reduzierung gedacht war. Der BUND berechnete, dass die Stromkonzerne durch den geplanten Neubau von bis zu 45 neuen Kohlekraftwerken und den ihnen zugeordneten Emissionsrechten einen zusätzlichen Gewinn von bis zu 4 Milliarden Euro einfahren können. Zudem werden von den Konzernen die Kosten für den Emissionshandel den Verbrauchern auf den Strompreis aufgeschlagen. Dies ist ein Skandal, der zeigt, dass es mit einem Steinkohlekraftwerk Lubmin um sehr viel Geld geht, jedoch am wenigsten um Arbeitsplätze, um Strom für das Land und um den Klimaschutz!

Ein Steinkohlekraftwerk Lubmin ist ein gewaltiges Vorhaben, mit unkalkulierbaren Folgen für zahlreiche Naturschätze unseres Landes. Letztere sind es, die Jahr für Jahr tausende Besucher in die Region führen. Wir sorgen uns in erster Linie um den Greifswalder Bodden, der als NATURA 2000-Gebiet überregionale Bedeutung besitzt. Neben dem Kohlekraftwerk stehen in seinem Bereich 11 weitere Großvorhaben an. Hafen- und Ferienanlagen, Kiesgewinnungsfelder, die Verlegung von Starkstromkabel und Gaspipeline sind nur einige davon. Nur mit einer umfassenden Prüfung der Summe aller Auswirkungen kann ein Schaden an diesem sensiblen Ökosystem verhindert werden. Schon jetzt ist es höchst fragwürdig, ob die zu erwartenden Schwermetalllasten des Kraftwerks von beispielsweise 900 kg Quecksilber pro Jahr vom Bodden aufgefangen werden, ohne Schäden in den Nahrungsketten bis hin zu den Speisefischen zu erzeugen. Wird ein herkömmliches Genehmigungsverfahren derart komplexe Fragestellungen beantworten können?

Die Landesregierung wird in den nächsten Jahren viele Millionen Euro für den Erhalt und die Pflege der NATURA 2000- Gebiete von der EU erhalten. Sind diese Mittel verantwortungsvoll eingesetzt, wenn diese Naturschätze gleichzeitig einer dauerhaften Glocke von Schwefeldioxid, radioaktiven Stäuben und Schwermetallen ausgesetzt werden? Sehr geehrte Damen und Herren, riskieren Sie im Interesse der Landnutzer keine Rückzahlungen von EU-Fördermitteln, indem Sie einer Schädigung des Nationales Naturerbes Vorschub leisten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie sind in diesen Tagen besonders gefordert. Ihre Haltung stellt die politischen Weichen für oder gegen ein Vorhaben, dass die Zukunftspläne einer ganzen Region zunichte machen kann. Hören Sie die Stimmen Ihrer Wählerinnen und Wähler, machen Sie sich die Haltung Ihrer Vertreterinnen und Vertreter in Ostvorpommern zu eigen. Noch gibt es kein emissionschutzrechtliches Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit, also auch noch kein Anspruch auf Genehmigung. Damit ist eine politische Lösung, eine Ablehnung des Vorhabens durch die Landesregierung, jetzt noch möglich.

Im Namen des BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Corinna Cwielag
Landesgeschäftsführerin

Arndt Müller
Referent für Naturschutz